



UNTERBEZIRKSPARTEITAG

20. JUNI 2026



**ORDENTLICHER
UNTERBEZIRKSPARTEITAG
SAMSTAG – 20. JUNI 2026 – 9:00 UHR
PHILIPP-SCHIEDEMANN-HAUS**

**BERICHTE
ANTRÄGE**

Stand: 19.06.2026





Unterbezirksvorstand
gewählt am 26. Juni 2025

Vorsitzender

Manfred Merz

Stellvertreter*innen

Wolfgang Decker
Thevagar Mohanadhasan
Anna-Lena Pysall

Schatzmeisterin

Dr. Cornelia Janusch

Beisitzerin für den Arbeitsbereich
Mitgliederbetreuung/Mitglieder-
gewinnung/Personalentwicklung

Vanessa Schweikert

Beisitzerin für den Arbeitsbereich
Arbeitsgemeinschaften und
Zielgruppen, Betriebs- und
Projektgruppen

Andreas Dietz

Beisitzerin für den Arbeitsbereich
Ortsvereine und Ortsbeiräte,
Organisation und Struktur

Andreas Nitsch

Beisitzer für den Arbeitsbereich
Kommunikation und Öffentlichkeit

Christoph Zeidler

Beisitzer für den Aufgabenbereich
Migration und Diversität

Zwei Beisitzer*innen ohne definierten Aufgabenbereich
Beisitzerin
Beisitzer

Tanja Daum
Dieter Seidel





Berichte des Vorstandes

Bericht Manfred Merz, Vorsitzender SPD Kassel

Als wahre Bewährungsprobe für die Widerstandsfähigkeit der Kasseler Sozialdemokratie musste seit dem Tiefpunkt der in Uneinigkeit verlorenen Oberbürgermeisterwahl 2023 die Kommunalwahl 2026 gelten. Weder die verlorenen Landtags- und die Europawahlen, auch nicht die als lokaler Achtungserfolg gefeierte Bundestagswahl 2025, sondern eben die Kommunalwahl 2026 konnte als entscheidender Gradmesser gelten für die Fähigkeit der Sozialdemokratie zur Erneuerung und zur Formulierung neuer Antworten für die Fragen der Zeit. Gemessen an diesem Anspruch zeigte der Ausgang der Kommunalwahl aber zunächst einmal die Realität einer neuen Gleichheit in Schwäche der demokratischen Parteien der Mitte auf mit einer Sozialdemokratie, die in harter Konkurrenz Mühe hat, Alleinstellungsmerkmale und zündende Begeisterung zu entwickeln.

Die Aufstellung zu dieser Bewährungsprobe war dennoch ein Kraftakt, der das Engagement der Kasseler Partei ein ganzes Jahr über in Beschlag nahm. Von der Neuwahl des Vorstands im Frühjahr 2025, über die Festlegung der Liste für die Stadtverordnetenwahl, die Erarbeitung eines Kommunalwahlprogramms bis in den eigentlichen Wahlkampf hinein waren Parteivorstand und Gremien voll und ganz für dieses Ziel gefordert. Drei Parteitage oder Wahlkreiskonferenzen machten 2025 zu einem echten Ausnahmejahr. Neben diesen unvermeidbaren Etappenzielen auf dem Weg in den Wahlkampf, blieb selten Raum für die Selbstorganisation, für die Entwicklung von prägenden Themen und die strukturelle Erneuerung der Partei.

Das ernüchternde Ergebnis der Kommunalwahl 2026 mit einer SPD ganz knapp nur noch auf Rang 3 der Parteien, lässt immerhin einige Erkenntnisse zu, die Raum lassen für neue Anläufe: Das Abschneiden drei Jahre nach dem tiefsten Zerwürfnis, das die Kasseler Sozialdemokratie erlebt hat und in einer Phase, in der die deutsche Sozialdemokratie sich zumindest regional marginalisiert, taugt durchaus als Achtungsergebnis, das die SPD in die Chance einer Mitverantwortung für die Stadt zurück führt. Im Team, das die Partei im Wahlkampf geprägt hat, findet sich zudem eine Vielfalt von jungen und von erfahrenden Charakteren, die, Toleranz vorausgesetzt, Hoffnung auf Erneuerung machen.

Der Kraftakt Kommunalwahlkampf hatte keinen Durchbruch zum Ergebnis. Aber einen Grund, das kommende Jahr ohne öffentliche Wahlen zur Bildung neuer Strukturen zu nutzen, zur Entwicklung neuer Themen und Profilierung in der Stadt. Dies ist zuletzt die Lehre dieser Kommunalwahl für die SPD. An frischen Ideen und neuen Antworten führt kein Weg vorbei.





Tätigkeitsbericht Wolfgang Decker, Stellvertretender Vorsitzender SPD Kassel

Während des vergangenen Geschäftsjahres war ich schwerpunktmäßig mit folgenden Tätigkeiten befasst:

- Mitwirkung und Unterstützung der Planung und Aufstellung der **Kommunalwahlliste** für die Kommunalwahl 2026
- Aufstellung des **Kommunalwahlprogrammes 2026**. Mitglied der Programmkommission. Federführung gemeinsam mit Dr. Ron Hendrik Hechelmann für den komplexen Themenbereich Wirtschaft, Arbeit, Finanzen, städtische Unternehmen. Mehrere vorbereitende Gespräche dazu mit Vertretern der Gewerkschaften und der Wirtschaft. Moderation eines Workshops zum Themenkomplex.
- **Kommunalwahlkampf**. Mitglied der Kleinen Wahlkampfleitung als Entscheidungsgremium für die einzelnen Wahlkampfbausteine und Maßnahmen. Mitwirkung bei der Planung der Wahlkampfstrategie und der Finanzplanung. Grundsatzaufgaben der allgemeinen Wahlkampfführung. Verantwortlich für zentrale Plakatierung gemeinsam mit Andreas Nitsch und Dieter Seidel. Zentrale Steuerung der flächendeckenden Flyerverteilung. Genehmigungsverfahren für Plakatierung, Infostände und Roter Rummel. Organisationleitung und Moderation Roter Rummel, Organisationleitung Neujahrsbegrüßung mit Unterstützung Daniel Bettermann. Organisation Festzugteilnahmen Zissel, Wehlheider Kirmes (mit Dieter Seidel, Andreas Nitsch), Entenkirmes, Karnevalsumzug etc. etc.
- Mitglied der „**Koa-Verhandlungsgruppe**“. Mitwirkung bei Entwicklung von Strategie und Leitlinien für anstehende Verhandlungsgesprächen. Teilnahme an bisherigen Gesprächen mit Grünen, CDU, Linken und FDP. (zum jetzigen Zeitpunkt der Berichtserstellung kann dazu noch nichts weiter ausgeführt werden)
- **Allgemeine Vorstandsaufgaben**, Vertretung des Vorsitzenden im Bedarfsfall, Repräsentanz des Vorstandes bei verschiedenen Veranstaltungen.
- **Nachrichtlich: Mitglied der Stadtverordnetenversammlung**. Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen. Sprecher für Wirtschaft und Arbeit sowie Brandschutz. Entwicklung und Einbringung zahlreicher parlamentarischer Initiativen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Brandschutz. Öffentlichkeitswirksame Begleitung der Initiativen. In der neu gewählten Stavo weiterhin Mitglied des Ausschusses Finanzen, Wirtschaft und Grundsatz sowie im Ausschuss Recht, Sicherheit und Sport. Weiterhin Sprecher für Wirtschaft und Arbeit, sowie für Sport und Brandschutz. Unterstützung und Mitwirkung von parlamentarischen Initiativen in der neuen Legislaturperiode.





Rechenschaftsbericht Anna-Lena Pysall, Stellvertretende Vorsitzende SPD-Kassel

Die vergangenen Monate waren für unsere Partei intensiv, herausfordernd und richtungsweisend zugleich. Wir haben in einer Zeit Wahlkampf gemacht, in der sozialdemokratische Parteien vielerorts unter Druck stehen, Vertrauen in politische Institutionen schwindet und gesellschaftliche Debatten zunehmend polarisiert geführt werden. Viele Menschen haben das Gefühl, dass Politik sich zu weit von ihrem Alltag entfernt hat. Umso wichtiger war es für uns, deutlich zu machen, dass Sozialdemokratie dann stark ist, wenn sie zuhört, ansprechbar ist und konkrete Antworten auf die Sorgen und Hoffnungen der Menschen vor Ort gibt.

Bevor ich auf die konkrete Arbeit der vergangenen Monate eingehe, möchte ich einen Gedanken voranstellen: Wir sind in diesen Wahlkampf nicht unter einfachen Voraussetzungen gestartet. Hinter uns lagen schwierige Jahre, geprägt von innerparteilichen Konflikten und unterschiedlichen Auffassungen über den zukünftigen Kurs unseres Unterbezirks. Umso bemerkenswerter ist es, dass es uns gelungen ist, diese Unterschiede zurückzustellen und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Die Vorbereitung des Kommunalwahlprogramms, die Listenaufstellung und schließlich der Wahlkampf wurden von vielen Menschen aus unterschiedlichen Strömungen unserer Partei gemeinsam getragen. Dass wir als Unterbezirk geschlossen in diese Kommunalwahl gegangen sind, war keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis vieler Gespräche, Kompromisse und gemeinsamer Anstrengungen.

Wir haben die Kommunalwahl nicht gewonnen. Dennoch konnten wir ein respektables Ergebnis erzielen. Mit rund 19,83 Prozent liegen wir weiterhin auf Augenhöhe mit den anderen großen politischen Kräften dieser Stadt. Wenn man berücksichtigt, aus welcher Situation wir gekommen sind und wie stark die Herausforderungen für sozialdemokratische Parteien aktuell sind, zeigt dieses Ergebnis vor allem eines: Geschlossenheit, Präsenz vor Ort und eine klare sozialdemokratische Haltung machen einen Unterschied.

Ein zentraler Schwerpunkt meiner Arbeit lag deshalb in der Vorbereitung der Kommunalwahl. Gemeinsam mit vielen engagierten Genoss*innen haben wir die Aufstellung unserer Kommunalwahlliste vorbereitet und begleitet. Besonders stolz bin ich darauf, dass es uns gelungen ist, eine vollständige Liste mit einem starken, vielfältigen und engagierten Team aufzustellen.

Darüber hinaus habe ich mich intensiv in die inhaltliche Arbeit eingebracht. In den Themenwerkstätten haben wir die Grundlagen unseres Kommunalwahlprogramms erarbeitet und diskutiert. Dabei war mir besonders wichtig, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die konkreten Lebensrealitäten der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Als Feministin habe ich mich insbesondere für frauenpolitische Themen eingesetzt. Gleichzeitig war es mir wichtig, feministische Politik nicht als Nischenthema zu verstehen, sondern als Teil einer Politik, die gleiche Chancen, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen schaffen will. Deshalb habe ich mich ebenso mit den kommunalpolitischen Herausforderungen beschäftigt, die viele Menschen in ihrem Alltag bewegen – von bezahlbarem





Wohnen über gute Bildungs- und Betreuungsangebote bis hin zu lebenswerten Stadtteilen und einem starken sozialen Zusammenhalt.

Besonders prägend waren für mich die Monate rund um die Kommunalwahl. Dabei ging es nicht nur darum, politische Inhalte zu entwickeln, sondern diese auch zu den Menschen zu bringen. Für mich war deshalb von Beginn an klar, dass unser Wahlkampf mehr sein musste als das Verteilen von Flyern oder das Bespielen sozialer Medien. Wir mussten neue Wege gehen, Präsenz zeigen und wieder stärker in den direkten Austausch mit den Menschen kommen.

Gemeinsam mit vielen Genoss*innen, insbesondere auch mit den Jusos, haben wir zahlreiche Haustürgespräche organisiert und Menschen direkt in ihren Stadtteilen angesprochen. Gerade diese Gespräche haben gezeigt, wie wichtig es ist, zuzuhören und Politik nicht nur über Menschen, sondern mit ihnen zu gestalten. Viele Rückmeldungen aus den Gesprächen vor Ort sind direkt in unsere politische Arbeit eingeflossen.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit war die Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere der Bereich Social Media. Trotz begrenzter personeller Ressourcen ist es uns gelungen, eine sichtbare und moderne Wahlkampagne auf die Beine zu stellen. Gemeinsam mit Kandidierenden habe ich Inhalte entwickelt, Beiträge erstellt, Videos konzipiert, gedreht und geschnitten sowie digitale Kampagnen begleitet. Viele dieser Aufgaben wurden ehrenamtlich übernommen und wären ohne das Engagement zahlreicher Genoss*innen nicht möglich gewesen.

Gerade in diesem Bereich mussten wir immer wieder Aufgaben auffangen, die unter besseren Bedingungen hauptamtlich begleitet worden wären. Umso mehr freut es mich, dass wir es gemeinsam geschafft haben, die SPD Kassel im digitalen Raum deutlich sichtbarer zu machen und neue Zielgruppen anzusprechen.

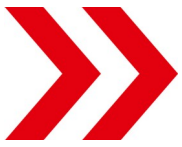
Neben der inhaltlichen und kommunikativen Arbeit gehörten auch zahlreiche organisatorische Aufgaben zu meinem Verantwortungsbereich. Zusammen mit Thevagar Mohanadhasan und der Geschäftsstelle habe ich unter anderem die Einholung von Wählbarkeitsbescheinigungen unterstützt und verschiedene organisatorische Prozesse begleitet. Gerade in Wahlkampfzeiten sind viele dieser Aufgaben nach außen kaum sichtbar, aber für einen erfolgreichen Wahlkampf unverzichtbar.

Auch die Zeit nach der Wahl war von intensiver politischer Arbeit geprägt. In den Koalitionsverhandlungen durfte ich an verschiedenen Verhandlungsrunden mitwirken und gemeinsam mit anderen Genoss*innen sozialdemokratische Positionen vertreten. Teilweise haben diese Gespräche viele Stunden gedauert. Ziel war dabei stets, für die Menschen in Kassel die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen und möglichst viele unserer politischen Vorstellungen in konkrete Vereinbarungen zu überführen.

Ein besonderes Anliegen war mir außerdem die Stärkung einer solidarischen und respektvollen Parteikultur. Gemeinsam mit Vanessa Schweikert habe ich ein Awareness-Konzept erarbeitet, das dazu beitragen soll, dass sich alle Menschen innerhalb unserer Partei sicher, respektiert und willkommen fühlen. Die Umsetzung dieses Konzeptes wird uns auch im kommenden Jahr weiter beschäftigen.

Auch außerhalb des Wahlkampfes konnten wir wichtige politische Akzente setzen. So habe ich gemeinsam mit der ASF und den Jusos die Beteiligung am Feministischen Kampftag am 8. März





organisiert und damit dazu beigetragen, sozialdemokratische Positionen in feministischen Debatten wieder stärker sichtbar zu machen.

Für die kommenden Monate steht nun unsere Klausurtagung an, deren Organisation ich übernehmen werde. Dort wollen wir gemeinsam Bilanz ziehen, unsere Arbeit weiterentwickeln und die politischen Schwerpunkte für die nächsten Jahre festlegen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Genoss*innen bedanken, die sich in den vergangenen Monaten eingebracht haben. Politik lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen, Ideen entwickeln und bereit sind, Zeit und Kraft für ihre Überzeugungen einzusetzen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass wir auch unter schwierigen Bedingungen gemeinsam viel erreichen können. Darauf können wir stolz sein. Gleichzeitig ist es Ansporn für die kommenden Jahre, weiter daran zu arbeiten, das Vertrauen der Menschen in die Sozialdemokratie zu stärken und unsere Stadt sozial, gerecht und zukunftsfähig zu gestalten.





Rechenschaftsbericht Andreas Dietz, Beisitzer für Arbeitsgemeinschaften, Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen der SPD Kassel

Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

Die AfA organisiert Veranstaltungen wie Sommergrillen oder Betriebsbesuche. Mehrere Mitglieder sind auf Bezirksebene aktiv.

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Die AfB trifft sich seit einiger Zeit nicht mehr auf Unterbezirksebene. Kassel ist auf Bezirksebene in der AfB vertreten

Arbeitsgemeinschaft 60 plus (AG 60 Plus)

Die AG 60 Plus veranstaltet regelmäßige Treffen zu aktuellen politischen Themen. Zwei Mitglieder des Bezirksvorstands sind aus Kassel. Die AG 60 Plus war gut auf der Bezirkskonferenz vertreten. An der Bundeskonferenz im Oktober werden Teile der Kasseler AG 60 Plus in Berlin teilnehmen.

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)

Derzeit finden keine Sitzungen der AsJ statt. Mehrere Menschen aus Kassel sind aber im Bezirk in der AsJ aktiv, unter anderem der Vorsitzende der AsJ Hessen-Nord.

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)

Die Jusos treffen sich regelmäßig und sind überregional vernetzt, unter anderem nahmen Jusos aus Kassel an der Landeskonzferenz in Wetzlar sowie dem Bundeskongress in Mannheim teil. Darüber hinaus ist die Bezirksvorsitzende und eine Stellvertreterin der nordhessischen Jusos Genossin aus Kassel. Die Jusos trafen sich mit Vertretern von Amnesty International und bringen oftmals Anträge in die politischen Debatten ein. Sie haben sich bei der Kommunalwahl mit eigenen Formaten in den Wahlkampf eingebracht.

SPD Frauen

Die SPD Frauen (früher ASF) hat sich im Rahmen der Kommunalwahl mit eigenen Formaten in den Wahlkampf eingebracht, unter anderem mit dem Format „knit & politics“, das auch nach der Kommunalwahl fortgeführt wurde.

AG Selbst Aktiv

In Kassel gibt es derzeit keine AG Selbst Aktiv. Es gibt aber Überlegungen, eine AG neu zu gründen.

An dieser Stelle: VIELEN DANK an das große ehrenamtliche Engagement in unseren AGs.





Allgemeine Vorstandsarbeit

Im vergangenen Jahr habe ich mich aktiv im Vorstand eingebracht. Neben der Teilnahme und Unterstützung verschiedener Veranstaltungen habe ich Infostände mitorganisiert und im Wahlkampf viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern geführt.

Ich habe die Hoffnung, dass wir im Anschluss an erfolgreiche Sondierungen die vergleichsweise lange Zeit ohne Wahlkämpfe nutzen werden, um unsere Organisationsfähigkeit und interne (aber auch externe) Kommunikation weiter auszubauen. Nur so können wir uns gut für die Zukunft aufstellen.

Leider kann ich bei diesem Parteitag nicht dabei sein. Ich wünsche euch gute Besprechungen und einen interessanten Austausch. Bei Fragen und insbesondere auch politischen Ideen und Anregungen stehe ich gerne jederzeit zur Verfügung.





Rechenschaftsbericht Vanessa Schweikert, Beisitzerin für den Arbeitsbereich Mitgliederbetreuung/Mitgliedergewinnung/Personalentwicklung der SPD Kassel

1. Einleitung

Als Mitgliederbeauftragte des Unterbezirks Kassel-Stadt liegt mein Schwerpunkt darauf, neue Mitglieder beim Einstieg in die Parteiarbeit zu begleiten, bestehende Mitglieder zu unterstützen und die Mitgliederbindung zu stärken.

Die Mitgliederarbeit lebt vor allem vom persönlichen Austausch. Deshalb war es mir wichtig, für unsere Mitglieder ansprechbar zu sein und neuen Genossinnen und Genossen den Einstieg in die Partei zu erleichtern.

2. Betreuung von Neumitgliedern

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit war die Begleitung neuer Mitglieder. Hierzu habe ich bei Interesse persönliche Gespräche und Treffen mit Neumitgliedern geführt, um Fragen zu beantworten, über die Strukturen der Partei zu informieren und Möglichkeiten der Mitarbeit aufzuzeigen.

Darüber hinaus stand ich sowohl neuen als auch langjährigen Mitgliedern als Ansprechpartnerin für Anliegen und Fragen zur Verfügung. Der persönliche Kontakt stellt aus meiner Sicht einen zentralen Baustein dar, um Mitglieder zur aktiven Beteiligung zu ermutigen und ihnen Orientierung innerhalb der Partei zu geben.

3. Neumitgliederseminar

Im Berichtszeitraum wurde ein Neumitgliederseminar in Form eines gemeinsamen Brunchs durchgeführt, um ein erstes Kennenlernen in entspannter Atmosphäre zu ermöglichen.

Zu Beginn der Veranstaltung erfolgte eine kurze Vorstellungsrunde aller Anwesenden. Im Anschluss hielt der Parteivorsitzende Manfred Merz ein Grußwort. Zudem wurden die Parteistrukturen sowie die bestehenden Arbeitsgemeinschaften und Beteiligungsformate vorgestellt.

Das Seminar bot darüber hinaus Raum für Fragen, Austausch und persönliche Gespräche. Ziel war es, neue Mitglieder frühzeitig einzubinden, Orientierung zu geben und den Einstieg in die Parteiarbeit zu erleichtern.

Dieses Format ist ein zentraler Baustein einer gelebten Willkommenskultur. Es unterstützt neue Mitglieder dabei, frühzeitig die Partei und ihre Beteiligungsmöglichkeiten kennenzulernen sowie erste Kontakte innerhalb der Partei zu knüpfen.

4. Mitgliederbindung und Rückgewinnung

Neben der Betreuung neuer Mitglieder gehört auch die Bindung bestehender Mitglieder zu den zentralen Aufgaben der Mitgliederarbeit.

Bei Austritten habe ich, soweit möglich, das Gespräch gesucht, um die Beweggründe besser zu verstehen und Rückmeldungen für die zukünftige Mitgliederarbeit mitzunehmen. Diese





Gespräche können wichtige Hinweise darauf geben, wie wir die Arbeit in unserer Partei weiter verbessern und die Bindung unserer Mitglieder stärken können.

5. Zusammenarbeit im Unterbezirk

Die Mitgliederarbeit kann nur im gemeinsamen Zusammenspiel erfolgreich gestaltet werden. Deshalb habe ich Anliegen der Mitglieder regelmäßig in die Sitzungen des Unterbezirksvorstands eingebracht, um diese in die laufende politische und organisatorische Arbeit einzubeziehen.

Darüber hinaus stand ich den Mitgliedern des Unterbezirks als Ansprechpartnerin für Fragen der Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung zur Verfügung

Auch künftig bleibt die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb unseres Unterbezirks eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Mitgliederarbeit.

6. Dank

Mein Dank gilt allen Genossinnen und Genossen, die sich im Unterbezirk und in den Ortsvereinen engagieren und damit dazu beitragen, unsere Partei lebendig und zukunftsfähig zu gestalten.





Rechenschaftsbericht Andreas Nitsch, Beisitzer für Ortsvereine, Ortsbeiräte, Organisation und Struktur der SPD Kassel

Im Berichtszeitraum durfte ich mich als Beisitzer mit dem Aufgabenbereich „Ortsvereine, Ortsbeiräte, Organisation und Struktur“ in die Arbeit des Unterbezirksvorstand einbringen. Mein Schwerpunkt im vergangenen Jahr lag dabei auf dem Austausch mit unseren Ortsvereinen, vor allem aber auf der Mitarbeit im zurückliegenden Kommunalwahlkampf.

Ein wichtiger Bestandteil meiner Arbeit waren Besuche bei den Sitzungen und Mitgliederversammlungen unserer Ortsvereine, von denen ich mehr als die Hälfte mindestens einmal besuchen konnte. Bei diesen Besuchen konnte ich wertvolle Einblicke in die Situation vor Ort und die Strukturen der Ortsvereine gewinnen, sowie Ideen, die für alle OV's nützlich sein können (wie z.B. stadtteilbezogene Informationsverteiler und digitale Kalender zur Außendarstellung der Aktivitäten), sammeln und bei deren Umsetzung helfen. Weiterhin konnte ich Anregungen sowie Kritik aus den Ortsvereinen mitnehmen, um diese als Rückmeldungen an den Unterbezirksvorstand zu melden und so in dessen Arbeit einfließen zu lassen. Ich freue mich auf weitere Einladungen in die Ortsvereine, um diese wertvolle und fruchtbare Zusammenarbeit fortzuführen.

Zur inhaltlichen Vorbereitung der Kommunalwahl konnte ich durch Teilnahme an unseren drei Themenwerkstätten, von denen ich die unter dem Thema "Lebenswerte Stadtteile, Stadtteile mit Lebensqualität" mitorganisieren durfte, sowie durch meine Mitarbeit in der Programmkommission zur Gestaltung des Wahlprogramms beitragen. Die Diskussionen und Ergebnisse haben mir gezeigt, wie viel fachliche Kompetenz und kommunalpolitische Erfahrung in unserer Partei vorhanden ist. Auch die organisatorische Vorbereitung der Kommunalwahl nahm einen wichtigen Teil meiner Arbeit ein. So war ich als Mitglied der großen Wahlkampfleitung vor allem in die Organisation des Straßenwahlkampfes (Plakatierung & Infostände) eingebunden und durfte bei der Organisation der Listenaufstellungen für die Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte sowie bei den entsprechenden Mitgliederversammlungen und Konferenzen unterstützen.

Neben diesen Aufgaben habe ich an zahlreichen Veranstaltungen unseres Unterbezirks teilgenommen - unter anderem an den Kundgebungen zum 1. Mai und an unserem Infostand am Tag der Erde. Darüber hinaus habe ich die Organisation unserer Stadtradeln-Gruppe übernommen.

Die Gespräche in und mit den Ortsvereinen haben mir wiederholt deutlich gemacht, wie sehr unsere Partei von engagierten Mitgliedern vor Ort lebt und wie sehr diese und wir als SPD in die Stadtgesellschaft wirken können. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass wir weiterhin daran arbeiten müssen, Kommunikationswege zu verbessern, Neumitglieder für uns zu gewinnen und uns gegenseitig dort zu unterstützen, wo Ortsvereine sich nicht auf eine ausreichende Anzahl an Aktivposten berufen können. Ich freue mich darauf, auch weiterhin an diesen Aufgaben mitarbeiten zu dürfen.





Ich danke allen Genossinnen und Genossen für die gute, konstruktive Zusammenarbeit und ihr großes ehrenamtliches Engagement. Im Besonderen danke ich allen aktiven Wahlkämpferinnen und -kämpfern für ihre starke Leistung in den zurückliegenden Monaten.





Rechenschaftsbericht Dieter Seidel, Beisitzer ohne Aufgabenbereich der SPD Kassel

Meine Aktivitäten im UBV, von 04/2025 bis 06/2026.

Seit unserem Parteitag im April 2025 habe ich an fast jeder Sitzung unseres UBV teilgenommen und dies in aller Regel in Präsenz. Gleiches gilt für meine Teilnahme an den Sitzungen des UBA. In Summe zähle ich 15 UBV-Sitzungen an denen ich teilgenommen habe. Dabei war ich immer bestrebt, meine Sichtweise als Gewerkschafter in die Sitzungen einzubringen (ich bin, glaube ich, der einzige (ehemalige) Industriearbeiter im UBV).

Wann immer möglich habe ich mich an Aktionen unseres Unterbezirks aktiv beteiligt. Hervorheben möchte ich insbesondere mein Engagement beim Kommunalwahlkampf. So war ich an mehreren Informationsständen, inklusive des „Roten Rummel“, beteiligt. Zudem habe ich eine hohe Anzahl von Flyern gesteckt, habe mich am Haustürwahlkampf beteiligt und war, ich glaube, ich kann das ohne Übertreibung sagen, einer der Aktivsten beim Plakatieren.





Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Vorsitzende: Ramona Kopec

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in der SPD Kassel-Stadt hat nach einer längeren Pause den Kommunalwahlkampf zum Anlass genommen, wieder aktiv zu werden, frauenpolitische Themen sichtbar zu machen und neue Impulse für die politische Arbeit vor Ort zu setzen.

Im Mittelpunkt stand dabei die Veranstaltung „Was haben Frauen in der Demokratie zu verlieren unter zunehmendem Rechtsruck?“, die am 11. März im Weit.Vorn in Kassel stattfand. Mit dieser Veranstaltung wollten wir bewusst ein Thema aufgreifen, das in der aktuellen politischen Lage von besonderer Bedeutung ist: die Frage, welche Auswirkungen der gesellschaftliche Rechtsruck auf Frauenrechte, Gleichstellungspolitik, demokratische Teilhabe und vielfältige Lebensrealitäten hat.

Die Bewerbung der Veranstaltung erfolgte unter anderem über Social Media. Darüber hinaus haben wir als ASF gemeinsam mit den Jusos an der Demonstration zum Internationalen Frauentag teilgenommen und dort Flyer für die Veranstaltung verteilt. So konnten wir nicht nur auf unsere Veranstaltung aufmerksam machen, sondern auch als Arbeitsgemeinschaft wieder sichtbar in Erscheinung treten und den Austausch mit interessierten Menschen suchen.

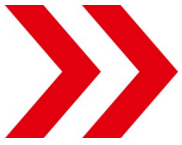
Mit rund 50 Besucherinnen und Besuchern war die Veranstaltung sehr gut besucht. Besonders gefreut hat uns, dass es gelungen ist, mit Maja Wallstein, Mitglied des Deutschen Bundestages, eine prominente Bundespolitikerin als Impulsgeberin zu gewinnen. Sie berichtete sehr eindrücklich von ihren Erfahrungen als Frau und Politikerin im Osten Deutschlands und schilderte, wie sich der Einfluss rechtspopulistischer Kräfte konkret auf das gesellschaftliche Klima, die politische Arbeit und frauenpolitische Themen auswirkt.

Auch die weiteren Podiumsgäste haben die Diskussion sehr bereichert. Jenny Huschke, DGB-Geschäftsführerin in Nordhessen, brachte die Perspektive der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein. Leila Mohtadi, Koordinatorin für Migrantenorganisationen bei der Viva-Stiftung und Mitglied des Ausländerbeirats, ergänzte die Diskussion um die Perspektive migrantischen Lebens. Durch diese unterschiedlichen Blickwinkel entstand ein vielseitiger und spannender Austausch über die Frage, was für Frauen, für Gleichstellung und für unsere Demokratie auf dem Spiel steht.

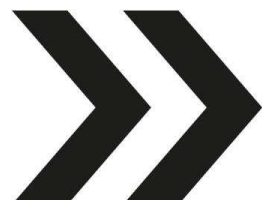
Ein wichtiger Bestandteil des Abends war zudem die Beteiligung der Zuschauerinnen und Zuschauer. In der Diskussion wurden weitere Themen angesprochen, an denen wir als ASF künftig weiterarbeiten möchten. Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, dass es ein großes Interesse an frauenpolitischen Debatten gibt und dass viele Menschen den Wunsch haben, sich zu vernetzen, auszutauschen und gemeinsam demokratische und gleichstellungspolitische Errungenschaften zu verteidigen.

Das Feedback zur Veranstaltung war durchweg positiv. Viele Rückmeldungen haben uns darin bestärkt, dieses Format fortzuführen. Deshalb möchten wir künftig weitere Veranstaltungen zu anderen frauenpolitischen und gesellschaftspolitischen Themen anbieten und die begonnene Arbeit weiterentwickeln.





Insgesamt war die Veranstaltung ein erfolgreicher Neustart für die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. Wir konnten sichtbar machen, dass frauenpolitische Themen gerade in Zeiten politischer Verschiebungen eine zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig haben wir neue Anknüpfungspunkte für unsere weitere Arbeit gewonnen. Unser Ziel ist es, die ASF wieder dauerhaft als aktiven Ort für Austausch, Vernetzung und sozialdemokratische Frauenpolitik in Kassel zu etablieren.





WV Wahlvorschläge

Ordentlicher Unterbezirksparteitag am 20.06.2026

WV 1: Delegierte Bundesparteitag (2)

Name	Ortsverein	Vorgeschlagen von
Prabaharan, Kepiaya	Kirchditmold	Kirchditmold
Iben, Nicole	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe
Bürger, Dietmar	Wesertor	Wesertor
Pysall, Anna-Lena	Harleshausen	Wehlheiden-Südstadt

WV 2: Delegierte Landesparteitag (10)

Name	Ortsverein	Vorgeschlagen von
Iben, Nicole	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe
Schwerdtfeger, Wolfgang	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe
Woborschil, Stefanie	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe
Bürger, Dietmar	Wesertor	Wesertor
Prabaharan, Kepiaya	Kirchditmold	Kirchditmold
Müller, Finja	Harleshausen	Kasseler Norden
Yassin, Ilyas	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Dietz, Andreas	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Lipphardt, Thomas	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Seewald, Fabian	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Schöneweiß, Jörg	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Markl, Stefan	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Kökert, Martin	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Decker, Wolfgang	Wolfsanger	Wolfsanger
Austen, Sandra	Wolfsanger	Wolfsanger
Hildebrandt, Fabian	Wolfsanger	Wolfsanger
Opper, Julia	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt
Nitsch, Andreas	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt





Hesse, Samuel	Harleshausen	Harleshausen
Pysall, Anna-Lena	Harleshausen	Harleshausen
Rauscher, Falk	Harleshausen	Harleshausen
Kalveram, Esther	Ost	Ost
Trömer, Stefan	Ost	Ost

Stand: 19.06.2026

WV 3: Delegierte Bezirksparteitag (18)

Name	Ortsverein	Vorgeschlagen von
Prabaharan, Kepiaya	Kirchditmold	Kirchditmold
Iben, Nicole	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe
Merkel, Rüdiger	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe
Schwerdtfeger, Wolfgang	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe
Woborschil, Stefanie	Wilhelmshöhe	Wilhelmshöhe
Bürger, Dietmar	Wesertor	Wesertor
Coban-Yildiz, Hanife	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Yassin, Ilyas	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Dietz, Andreas	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Lipphardt, Thomas	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Seewald, Fabian	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Schöneweiß, Jörg	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Markl, Stefan	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Kökert, Martin	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Knöfel, Johannes	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Decker, Wolfgang	Wolfsanger	Wolfsanger
Austen, Sandra	Wolfsanger	Wolfsanger
Hildebrandt, Fabian	Wolfsanger	Wolfsanger
Oppen, Julia	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt





Anna-Lena Pysall	Harleshausen	Harleshausen
Anja Möller	Harleshausen	Harleshausen
Kalveram, Esther	Ost	Ost
Trömer, Stefan	Ost	Ost
Merz, Manfred	Fasanenhof	Fasanenhof

WV 4 (Nominierung): Delegierte zum Parteikonvent

(Wahl erfolgt nach §28.1. a des Organisationsstatuts der SPD durch den Bezirksparteitag)

Name	Ortsverein	Vorgeschlagen von
Dietz, Andreas	Kasseler Norden	Kasseler Norden

Stand: 19.06.2026





Meldungen der Ortsvereine für die Antragsprüfungs- und Zählkommission

Ortsverein	Antragsprüfungskommission	Zählkommission
Altkassel/Mitte		
Brasselsberg		
Kasseler Norden	Jörg Schöneweiß	-Stefan Markl -Hanife Coban-Yildiz -Thomas Lipphardt
Fasanenhof		
Harleshausen	Hubert Hackenschmidt	Reinhard Wintersperger
Jungfernkopf		
Kirchditmold		
Niederzwehren		
Nordshausen		
Oberzwehren		
Ost	Stefan Trömer	Tanja Daum
Süsterfeld-Helleböhn		Delia Brand
Wesertor		
Wolfsanger	Burghard Holz	Helmut Brehm
Vorderer Westen		
Wehlheiden-Südstadt	Lukas Kiepe	-Julia Opper -Tom Möhrke -Andreas Nitsch
Wilhelmshöhe	Stefanie Woborschil	-Ramona Steinmann -Sandra Bock
AG 60 plus		
AfA		
SPD Frauen		
AsJ		
Jusos		

Vorsitzender der Antragsprüfungskommission:

Vorsitzender der Zählkommission: Stefan Markl





ANTRÄGE EINFÜGEN

<u>Antrag:</u>	A 1
<u>Antragsteller:</u>	Ortsverein Wehlheiden-Südstadt
<u>Adressat:</u>	SPD-Stadtverordnetenfraktion
<u>Betr.:</u>	Sichtbare Erinnerungskultur mit einem Denkmal für die Gastarbeitergeneration in Kassel stärken

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Kasseler SPD setzt sich für die Schaffung eines Denkmals zur Würdigung der sogenannten „Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter“ in Kassel ein. Dieses soll in Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Stadtmuseum und dem Ausländerbeirat erarbeitet und umgesetzt werden.

Die SPD-Fraktion soll eine entsprechende Initiative in der Stadtverordnetenversammlung ergreifen.

Begründung:

Die Sonderausstellung „Neu-Kasseler aus dem Mittelmeerraum – Veränderung einer Stadt durch Gastarbeiter“ im Stadtmuseum Kassel (2002/2003) hat eindrucksvoll gezeigt, dass es insbesondere zwischen 1955 und 1973 zu einem bedeutenden Zuzug von Arbeitskräften aus dem Mittelmeerraum nach Kassel kam, die einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau geleistet haben.

Viele dieser Menschen sind dauerhaft in Kassel geblieben und prägen die Stadtgesellschaft heute in zweiter und dritter Generation. Ein großer Teil der ersten Generation ist inzwischen verstorben und zum Teil auf Kasseler Friedhöfen beigesetzt.

Wir sind der Auffassung, dass diese prägende Phase der Stadtgeschichte bislang nicht ausreichend im öffentlichen Raum der Stadt Kassel sichtbar gewürdigt wird. Ein Denkmal kann dazu beitragen, die Leistungen und Lebensgeschichten dieser Menschen dauerhaft anzuerkennen und im kollektiven Gedächtnis der Stadt zu verankern.

Als Standort soll ein zentraler, gut sichtbarer und frequentierter Ort gewählt, die konkrete Standortfrage im weiteren Verfahren geprüft werden. Die Finanzierung soll durch die Stadt Kassel erfolgen.

Begründung:

Erfolgt mündlich





Antrag: A 2
Antragsteller: Ortsverein Wehlheiden-Südstadt
Adressat: SPD-Stadtverordnetenfraktion
Betr.: Einführung von sichtgeschützten Oiletten auf Spielplätzen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Spielplätze in Kassel sollen mit einer hygienischen sichtgeschützten Oilette ausgestattet werden. Die SPD-Fraktion soll in der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Initiative zur schrittweisen Ausstattung der Spielplätze ergreifen.

Begründung:

Ein Spielplatzbesuch ist für Familien ein wesentlicher Bestandteil im Familienleben. Gerade bei windelfreien Kleinkindern kommt es vor, dass sie sehr plötzlich auf die Toilette müssen. Das bedeutet Abbruch des Ausflugs und ggf. Frust beim Kleinkind und seinen Geschwistern. Sogenannte Oiletten wären eine familienfreundliche Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen - die obendrein noch hygienisch ist. Die Finanzierung soll durch die Stadt Kassel erfolgen.





<u>Antrag:</u>	A 3
<u>Antragsteller:</u>	Ortsverein Wehlheiden-Südstadt
<u>Adressat:</u>	SPD-Stadtverordnetenfraktion
<u>Betr.:</u>	Gewalt-gegen-Frauen-Flyer auf öffentlichen Damen-Toiletten

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Zur Information von durch Gewalt betroffenen Frauen sollen Hinweise und Flyer des Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ sowie Informationen zu örtlichen Hilfs- und Beratungsangeboten in den Damen-WCs der städtischen Einrichtungen sowie in Unternehmen mit städtischer Beteiligung ausgelegt und ausgehängt werden.

Hierzu zählen insbesondere lokale Unterstützungsangebote wie Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und Notrufangebote in Kassel. Darüber hinaus sollen Wege geprüft werden, diese Informationen auch über den Einzelhandel, gastronomische Betriebe sowie weitere öffentlich zugängliche Orte wie Hotels, Kinos, Indoorspielplätze und weitere Freizeiteinrichtungen niedrigschwellig zugänglich zu machen.

Bei der Gestaltung der Aushänge soll darauf geachtet werden, dass auf Materialien zum Mitnehmen (insbesondere von Kasseler Schutz- und Zufluchtseinrichtungen) die Kontaktdaten so „anonymisiert bzw. unauffällig“ angegeben werden, dass die Sicherheit der Betroffenen auch beim Auffinden der Materialien nicht gefährdet wird. Die SPD-Fraktion soll hierzu eine entsprechende Initiative in der Stadtverordnetenversammlung ergreifen.

Begründung:

Niedrigschwellige und leicht zugängliche Informationsangebote für von Gewalt betroffene Frauen spielen eine wichtige Rolle. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (116 016) bietet rund um die Uhr kostenfreie, anonyme und vertrauliche Unterstützung.

Zusätzlich sind lokale Hilfsangebote von besonderer Bedeutung, da sie konkrete Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort vermitteln können.

Wir sehen insbesondere in Damentoiletten einen geeigneten Ort für entsprechende Hinweise, da diese einen geschützten Raum bieten, in dem sich Betroffene unbeobachtet informieren können.

Der Aufwand für die Umsetzung ist gering, während der potenzielle Nutzen erheblich ist. Durch diese einfachen Informationsangebote können städtische Einrichtungen und Unternehmen einen konkreten Beitrag zum Schutz und zur Unterstützung Betroffener leisten.





<u>Antrag:</u>	A 4
<u>Antragsteller:</u>	Ortsverein Wehlheiden-Südstadt
<u>Adressat:</u>	SPD-Stadtverordnetenfraktion
<u>Betr.:</u>	Grüne Schulhöfe für Kassel: stadtweites einheitliches Programm zur ökologischen Aufwertung von Schulhofflächen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Kasseler SPD setzt sich für die Einführung eines stadtweiten Programms zur Begrünung, Entsiegelung und klimafreundlichen Umgestaltung von Schulhöfen in der Stadt Kassel ein. Die SPD-Fraktion soll entsprechende Maßnahmen in der Stadtverordnetenversammlung anstoßen und die Stadt Kassel zur Entwicklung eines verbindlichen Standards für zukünftige Sanierungen und Neubauten von Schulhöfen veranlassen und, wo möglich, die Schulgemeinden (Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer) einbeziehen.

Begründung

Schulhöfe sind Lern- und Aufenthaltsräume für Kinder und Jugendliche. In vielen Fällen sind diese Flächen jedoch stark versiegelt, wenig beschattet und insbesondere in den Sommermonaten durch Hitze nur eingeschränkt nutzbar. Eine systematische Begrünung und Entsiegelung wird hier die Aufenthaltsqualität deutlich verbessert.

In der Stadt Kassel gibt es bereits einzelne Projekte zur Umgestaltung von Schulhöfen sowie Beteiligungsformate mit Kindern und Jugendlichen. Diese Ansätze sind jedoch bislang nicht Teil eines einheitlichen, stadtweiten Programms.

Das einheitliche Programm "Grüne Schulhöfe" soll insbesondere folgende Ziele verfolgen:

- schrittweise Entsiegelung stark versiegelter Schulhofflächen
- gezielte Pflanzung von Bäumen und Schaffung von Schattenbereichen
- Verbesserung des Hitzeschutzes (trotz Fahrradübungsplatz)
- stärkere Beteiligung von Schülerinnen und Schülern bei Planung und Gestaltung
- verbindliche Berücksichtigung dieser Standards bei Sanierungen und Neubauten

Zudem soll geprüft werden, inwieweit Fördermittel von Land oder Bund zur Finanzierung genutzt werden können.

Die für Fahrradprüfung genutzten Übungsstrecken sollen klimafreundlich weiterentwickelt werden. Die Beschattung durch Bäume könnte als "Verkehrinseln" genutzt werden. Zudem soll geprüft werden, wie diese Flächen multifunktional für andere schulische Projekte genutzt werden können.





Antrag: A 5

Antragsteller: Ortsverein Kasseler Norden

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Arbeitnehmerrechte sind ohne Wählerauftrag keine Verhandlungsmasse

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Aktuell versuchen unsere Koalitionspartner CDU und CSU, uns mit Forderungen nach dem Schleifen von Arbeitnehmerrechten wie der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder dem 1. Mai in Verhandlungen Zugeständnisse abzurufen.

Wir fordern deshalb den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion auf, keinerlei Verhandlungen über Arbeitnehmerrechte zu führen, die in vielen Jahrzehnten erkämpft wurden, ohne dass die CDU/CSU diese vorher in einem Wahlkampf fordert und vom Wähler den Auftrag dafür bekommt. Es darf keinerlei Zugeständnisse der SPD dafür geben, dass diese Arbeitnehmerrechte nicht geschleift werden!

Begründung:

Erfolgt mündlich





Antrag: A 6
Antragsteller: Kasseler Norden
Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.: Steuerfreibeträge sozial gerechter gestalten!

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Steuerfreibeträge wie das steuerfreie Existenzminimum, oder Kinderfreibeträge, sind ungerecht, denn sie sollen eigentlich Menschen mit niedrigen Einkommen entlasten, bringen aber bei hohen Einkommen ca. den dreifachen Steuervorteil wie bei Geringverdienern (45% statt 14%).

Deshalb fordern wir den Bundesparteitag auf, sich für den Ersatz von Steuerfreibeträgen durch eine pauschale Steuerminderung in gleicher Höhe für alle Steuerbürger einzusetzen. Diese kann kostenneutral eingeführt werden, indem man die Höhe entsprechend der bisherigen durchschnittlichen Steuerersparnis festsetzt.

Begründung:

Auch mit einer pauschalen Steuerminderung bleibt z.B. die Nichtbesteuerung des Existenzminimums gewahrt.

In den Ausbildungsberufen Sozialassistent*innen oder Pflegehelfer*innen sowie den darin anschließenden Ausbildungen wird dringend Personal benötigt!



Rechenschaftsbericht: **Thevagar Mohanadhasan, stellv. Vorsitzender SPD Kassel**

Liebe Genoss*innen,

die vergangenen Monate waren für unseren Unterbezirk intensiv und herausfordernd. Für mich war klar: Als SPD Kassel dürfen wir nicht nur verwalten, was ist. Wir müssen für eine bessere Zukunft kämpfen, unser Profil schärfen und zugleich das stärken, was Sozialdemokratie ausmacht: rausgehen, zuhören, ansprechbar und verlässlich bleiben – auf der Straße, an der Haustür und in den Stadtteilen.

Unser Programm für Kassel

Ein Schwerpunkt war die inhaltliche Vorbereitung der Kommunalwahl. Im Sommer 2025 habe ich an der Konzeption der drei Themenwerkstätten zu Arbeit, Wohnen und Bildung mitgewirkt. Dort haben wir unsere Ausrichtung entlang konkreter Alltagsfragen geschärft: bezahlbares Wohnen, gute Bildung, faire Arbeit, soziale Teilhabe und lebenswerte Stadtteile. Auch bei der Kommunikation unseres Wahlprogramms habe ich im Team Verantwortung übernommen – von Printmaterialien über wahlkampfrelevante Beiträge bis zur Social-Media-Videoreihe. Unsere Inhalte müssen verständlich, sichtbar und durch die vielen Gesichter unserer Partei erkennbar werden.

Wahlkampf zwischen Innovation und Tradition

Trotz Winter und veränderter Kampagnenfähigkeit waren wir eine der ersten Parteien, die in der Innenstadt über Infostände sichtbar Präsenz gezeigt und gehalten haben. Ich habe Straßenwahlkampfaktionen mitorganisiert: Infostände, mobile Kaffee-Einsätze, Verteilaktionen am Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe sowie Ortsvereinszeitungen und Flyer in verschiedenen Stadtteilen. Wichtig war mir, Ortsvereine zu unterstützen, die weniger kampagnenfähig waren. Ihre Ausstattung bleibt eine Zukunftsaufgabe. Digital haben wir viel ausprobiert: Videos, Wahlkampfberichte, Gesprächseindrücke und Sharepics. Viele Menschen berichteten, dass sie wieder mit der SPD in Berührung gekommen sind. Über 300.000 Aufrufe auf Instagram sind deutlich.

125 Stockwerke, 13.300 Schritte und viele Gespräche: Was wir aus dem Haustürwahlkampf lernen können

125 Stockwerke und 13.300 Schritte: Das war eine der intensivsten Wahlkampfwochen: Nie alleine, immer gemeinsam mit euch, den Genoss*innen vor Ort. Gemeinsam mit den Jusos habe ich den Haustürwahlkampf organisiert und dezentrale Strukturen aufgebaut, die künftig tragen können. An der Haustür merkt man, worum es geht. Menschen sprechen über zu hohe Mieten, unsichere Arbeit, Sicherheit, Bildung, Verkehr, Einsamkeit und das Gefühl, nicht gehört zu werden. Viele Gespräche waren ehrlich, kritisch und ermutigend. Das Ergebnis entspricht nicht unserem Einsatz. Gerade deshalb müssen wir als SPD Kassel für unsere Politik und unseren Einsatz in Zukunft Mehrheiten in dieser Stadt gewinnen.

Sozialdemokrat auf der Straße, in den Betrieben, den Berufsschulen und im Parlament

Sozialdemokratie endet für mich nicht an der Tür des Parteihauses oder im Parlament. Als Gewerkschaftssekretär und Jugendbildungsreferent begleite und unterstütze ich soziale Bewegungen in Kassel: Bündnisse gegen Kürzungen in der Psychotherapie und im Sozialbereich, Kassel gegen Rechts, den CSD und den 1. Mai, der mit rund 3000 Menschen einer der bestbesuchten der letzten Jahre war. Aus voller Überzeugung bin ich dort als Sozialdemokrat dabei. Sozialdemokratie heißt für mich Doppelstrategie: soziale Politik in den Parlamenten und gesellschaftliche Veränderung durch zivilgesellschaftliche Bewegungen in unserer Stadt.

Deshalb war es mir wichtig, gute Ideen aus der Partei zu unterstützen – ob Spendenaktionen für Menschen in Not bei extremer Kälte oder eine Filmvorführung im Bali Kino. Unsere Partei steckt voller Ideen. Diese müssen wir ernst nehmen, fördern und gemeinsam umsetzen.

Liebe Genoss*innen, die vergangenen Monate haben gezeigt: Wir können als SPD Kassel viel leisten, wenn wir zusammenarbeiten. Die Arbeit ist nicht getan, aber wir haben gezeigt, dass wir da sind: auf der Straße, an den Haustüren, in den Stadtteilen und in Bündnissen. Darauf können wir aufbauen.

Mit solidarischen Grüßen,

Euer Theva.

Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) der SPD Kassel

Vorsitzender: Orry Mittenmayer

Liebe Genossinnen und Genossen,

hinter uns liegt ein Wahlkampf, der nicht einfach war und uns allen vieles abverlangt hat. Die AfA beteiligte sich jedoch nicht nur am Wahlkampf, sondern organisierte im Berichtszeitraum neben den monatlichen Sitzungsterminen auch verschiedene Veranstaltungen.

1. Mai Infostand der SPD

Es gehört fest zur Tradition der Kasseler SPD AfA, dass die SPD am 1. Mai in Kassel mit einem Infostand vor Ort präsent ist. Für uns ist und war schon immer selbstverständlich: Wir reden mit den Menschen und zeigen damit, dass wir dort sind, wo man uns braucht.

2. Solidarität ist unser Selbstverständnis

Daher waren wir erneut bei verschiedenen Veranstaltungen und Streiks der Gewerkschaften dabei, um Seite an Seite mit den Beschäftigten für gute Arbeit zu kämpfen.

Auch der Betriebsbesuch bei VW ist hier zu nennen: Auf Initiative der SPD AfA Stadt Kassel fand eine Werksführung bei VW statt.

3. Eine starke Demokratie lebt vom kritischen Austausch

Es ist der kritische Austausch unterschiedlicher Meinungen und Positionen, der unsere Demokratie stärkt und dem Rechtsextremismus das Wasser abgräbt. Daher organisierte die AfA eine Veranstaltung zum AfD-Verbot.

Natürlich durfte auch das traditionelle Sommerfest der AfA nicht fehlen, das im vergangenen Jahr stattfand. Denn bei all den politischen Aktionen darf man das menschliche Miteinander nicht vergessen.

Nicht unerwähnt bleiben darf auch die jährliche Begehung des Kasseler Weihnachtsmarktes. Eine schöne und verbindende Veranstaltung.

Ausblick

Wir stehen vor großen Umbrüchen. Eine Kommunalwahl liegt hinter uns, und schwierige Zeiten liegen vor uns. Es ist mein Anspruch, weiterhin gemeinsam mit der SPD AfA Stadt Kassel in die Betriebe zu gehen und mit den Beschäftigten in den Austausch zu treten.

Wir sind eine stolze Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter und werden auch in Zukunft für unsere Sozialdemokratie, Solidarität und unsere schöne Stadt Kassel kämpfen.

Bericht der SPD-Stadtfraktion zum Unterbezirksparteitag am 20. Juni 2026

Neuigkeiten aus der Fraktion



www.fb.com/spd.fraktion.kassel



www.instagram.com/spd_fraktion_kassel

Website

www.spd-fraktion-kassel.de

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Fraktionsvorstandes und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen	2
Bericht des AK Soziales, Integration und Digitalisierung	4
Bericht des AK Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung	8
Bericht des AK Kultur	9
Bericht des AK Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr	12
Bericht des AK Klima, Umwelt und Energie	14
Bericht des AK Recht, Sicherheit und Sport	15

Bericht des Fraktionsvorstandes und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Mitglieder des Fraktionsvorstandes: Esther Kalveram (Fraktionsvorsitzende), Ramona Kopec (Fraktionsvorsitzende), Dr. Conny Janusch (stellvertretende Vorsitzende), Orry Olivier Mittenmayer (stellvertretender Vorsitzender), Thevagar Mohanadhasan (Beisitzer)

Mitglieder des Arbeitskreises/Ausschusses: Wolfgang Decker (1. stellvertretender Ausschussvorsitzender und arbeitsmarkt-/wirtschaftspolitischer Sprecher), Dr. Ron-Hendrik Hechelmann (haushalts- und finanzpolitischer Sprecher), Esther Kalveram (Sprecherin für Grundsatzfragen)

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Beginn der neuen Legislatur ist die SPD-Fraktion Kassel in eine neue Arbeitsphase gestartet. Die Fraktion hat sich deutlich verjüngt, und viele neue Gesichter sind hinzugekommen. Die Mischung aus erfahrenen und neuen Mitgliedern bringt wertvolle Perspektiven und wichtige Impulse in unsere Arbeit. Auf diesem gemeinsamen Weg wollen wir die sozialdemokratische Stimme in Kassel weiter stärken. Mit Esther Kalveram und Ramona Kopec wurde eine Doppelspitze gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Conny Janusch und Orry Mittenmayer gewählt. Komplettiert wird der neue Vorstand durch Thevagar Mohanadhasan als Beisitzer. Dieser Aufbruch bringt neue Dynamik, neue Perspektiven und neue Energie in unsere politische Arbeit.

Der Beginn der Legislatur ist zugleich davon geprägt, die eigene Rolle in einer stark fragmentierten Stadtverordnetenversammlung neu zu bestimmen. Dafür waren und sind zahlreiche Gespräche notwendig. Wir haben Sondierungsgespräche mit den Grünen, der CDU, der FDP und der Linken geführt. Zuletzt haben sich die Gespräche insbesondere auf Grüne und CDU konzentriert. Diese Gespräche verlaufen jedoch weiterhin schwierig und teilweise schleppend. Für eine tragfähige Zusammenarbeit braucht es eine belastbare Vertrauensbasis. Diese Frage steht weiterhin im Raum und muss geklärt werden, bevor verbindliche politische Vereinbarungen entstehen können. Zugleich ist klar, dass neue Mehrheiten auch politische und personelle Konsequenzen haben können, insbesondere mit Blick auf die bisherige Finanzverantwortung in der Stadt. Darüber hinaus ist weiterhin spürbar, dass aus der Zusammenarbeit der vorherigen Legislaturperiode, insbesondere im Rahmen der Jamaika-Konstellation, weiterhin gewachsene Verbindungen bestehen.

Von den Grünen gibt es bislang kein klares Signal und keine abschließende Entscheidung für formelle Koalitionsgespräche. Wir befinden uns daher weiterhin in Sondierungsrunden und prüfen einzelne Themenbereiche. Dazu gehören unter anderem Bildung, Verkehr und

Finanzen. Für uns steht dabei im Mittelpunkt, ob gemeinsame politische Ziele tatsächlich belastbar formuliert und umgesetzt werden können. Gerade im Bereich der städtischen Finanzen zeigt sich, wie wichtig Transparenz, Verlässlichkeit und Prioritätensetzung sind. Für uns ist es schwierig, Investitionen seriös zu bewerten, wenn immer wieder neue große Investitionsprojekte schrittweise eingebracht werden, ohne dass uns zugleich ein ausreichender Einblick in die Finanzen gewährt wird. Eine solche Vorgehensweise erschwert eine Gesamtbewertung der finanziellen Lage der Stadt und der langfristigen Belastungen. Wir setzen uns deshalb für eine klare, nachvollziehbare und ehrliche Finanzpolitik ein und fordern Gespräche mit den Grünen und der CDU zu Investitionsvorhaben ein. Investitionen müssen fachlich begründet, sozial ausgewogen und finanziell verantwortbar sein.

Obwohl wir inzwischen in eine neue Legislatur gestartet sind, lohnt sich auch ein kurzer Blick zurück auf die vergangene Wahlperiode. In der Opposition hat die SPD-Fraktion Kassel zahlreiche parlamentarische Initiativen entwickelt und öffentlich begleitet. Dabei ging es uns darum, sozialdemokratische Positionen sichtbar zu machen, konkrete Verbesserungen für die Stadtgesellschaft einzufordern und wichtige Zukunftsfragen in die parlamentarische Beratung einzubringen. Schwerpunkte unserer Arbeit lagen unter anderem in der Haushalts- und Finanzpolitik, der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt, der Stärkung der Stadtteile, der Innenstadtentwicklung, der Unterstützung von Kultur, Sport und Volksfesten sowie der sozialen Infrastruktur. Im Bereich der Finanzen und des Finanzausschusses haben wir uns intensiv mit dem Doppelhaushalt 2025/2026, der Verwendung des Sondervermögens von Bund und Land für die Daseinsvorsorge, der Gewerbesteuerentwicklung, der Einführung der neuen Grundsteuer, der Kreditaufnahme, der Entwicklung von Rücklagen, außer- und überplanmäßigen Ausgaben sowie größeren Investitionsmaßnahmen befasst.

Darüber hinaus haben wir Fragen zur Zukunft des Flughafens Kassel-Calden, zur wirtschaftlichen Strategie der Stadt Kassel, zur Beteiligung der Gewerkschaften an dieser Strategie und zu einer jährlichen Anhörung im zuständigen Ausschuss aufgegriffen. Auch die Stärkung der Innenstadt, die Entbürokratisierung und Beschleunigung von Genehmigungs- und Umnutzungsverfahren sowie die Frage, wie Kassel als Wirtschaftsstandort weiterentwickelt werden kann, waren wichtige Themen unserer Arbeit.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Wertschätzung der Stadtteile und ihrer Ortsbeiräte. Für uns ist klar: Kassel besteht nicht nur aus der Innenstadt. Die Stadtteile leisten einen zentralen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zur Identität der Stadt und zur Lebensqualität vor Ort. Deshalb haben wir uns unter anderem mit Fragen der Stadtteilentwicklung, der Unterstützung von Quartiersfesten, dem Tag der Erde, Kasseler Volksfesten und dem Stadtfest befasst.

Auch konkrete Einzelthemen wurden parlamentarisch aufgegriffen, darunter das Wohnen für Auszubildende, die Parkgebührenordnung, die Einführung eines Tourismusbeitrags anstelle einer Bettensteuer, die Straßenbahnführung in der Oberen Königsstraße während des Weihnachtsmarktes, die Einheitsfeier, der Erwerb des Wintershall- und des alten Sparkassengebäudes, die finanzielle Förderung von Sportstätten, die Zehntscheune Waldau und die Feuerwache Ost. Mit Blick auf die regionale Industriepolitik haben wir zudem Solidarität mit den VW-Beschäftigten eingefordert.

Diese Vielzahl an Initiativen zeigt: Auch aus der Opposition heraus hat die SPD-Fraktion Verantwortung übernommen, Themen gesetzt und konkrete Vorschläge in die parlamentarische Arbeit eingebracht. Unser Anspruch war und bleibt es, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung Kassels aktiv mitzugestalten. Für die neue Legislatur nehmen wir diese Erfahrungen mit. Wir wollen die neuen Kräfte in der Fraktion nutzen, die fachliche Arbeit in den Arbeitskreisen stärken und weiterhin klare sozialdemokratische Positionen vertreten. Gerade in einer politisch fragmentierten Stadtverordnetenversammlung braucht es Verlässlichkeit, Gesprächsbereitschaft und zugleich ein klares inhaltliches Profil. Daran werden wir weiterarbeiten.

Unser Anspruch ist es, Kassel sozial gerecht, wirtschaftlich stark, ökologisch verantwortungsvoll und demokratisch handlungsfähig weiterzuentwickeln. Dafür steht die SPD-Fraktion Kassel auch in der neuen Legislatur.

Esther Kalveram

Fraktionsvorsitzende SPD-Fraktion

Ramona Kopec

Fraktionsvorsitzende SPD-Fraktion

(verantwortlich für den Text: Ramona Kopec, Esther Kalveram, Wolfgang Decker und Dr. Ron-Hendrik Hechelmann)

Bericht des AK Soziales, Integration und Digitalisierung

Mitglieder des Arbeitskreises/Ausschusses: Thevagar Mohanadhasan (Ausschussvorsitzender und integrations-/digitalpolitischer Sprecher), Orry Olivier Mittenmayer (sozialpolitischer Sprecher), Petra Ullrich (ehrenamts- und seniorenpolitische Sprecherin)

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Arbeitskreis Soziales, Integration und Digitalisierung arbeiten wir gemeinsam daran, sozialdemokratische Sozialpolitik in Kassel sichtbar, konkret und wirksam zu machen. Für uns ist das eine große Verantwortung und zugleich ein klarer Auftrag, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe, Integration, Barrierefreiheit und eine bürgernahe Digitalisierung konsequent miteinander zu verbinden. Es gibt viel zu tun. Das zeigen insbesondere die jüngsten Berichte über die

gestiegenen Armutszahlen in Hessen. Fast jede sechste Person in Hessen lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. Kassel ist mit einer Armutsquote von über 19 Prozent besonders betroffen. Angesichts dieser erschütternden Zahlen zeigt sich erneut, dass es uns Sozialdemokrat*innen mehr denn je braucht. Eine Stadt wie Kassel darf Armut nicht hinnehmen. Sie muss Armut bekämpfen, soziale Infrastruktur sichern und Menschen echte Perspektiven aus der Armut heraus eröffnen. Für uns ist klar, dass Kassel eine gute, wertschätzende und solidarische Sozialpolitik braucht. Sozialpolitik darf sich nicht darauf beschränken, Notlagen zu verwalten. Sie muss Menschen stärken, Zugänge erleichtern, Teilhabe ermöglichen und dafür sorgen, dass niemand in unserer Stadt zurückgelassen wird. Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird: verständlich, niedrigschwellig, dezentral und mit Respekt gegenüber den Menschen.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit bleibt der Pakt gegen Armut. Er ist für uns ein sozialdemokratisches Herzensprojekt und ein wichtiges Instrument, um Kinderarmut, Familienarmut und Altersarmut wirksam zu bekämpfen. In Kassel ist der Pakt bereits als wichtige sozialpolitische Struktur vorhanden. Er bringt Sozialwirtschaft, Vereine, Initiativen, Wissenschaft, Verwaltung und Stadtgesellschaft zusammen. Diese Struktur wollen wir erhalten, neu beleben und wieder deutlich sichtbarer machen. Im vergangenen Jahr haben wir den Pakt gegen Armut kritisch begleitet, immer wieder nachgefragt und darauf gedrängt, dass dieses wichtige Projekt nicht einschläft. Für uns ist klar, dass der Pakt nicht nur formal fortgeführt werden darf, sondern wieder stärker als gemeinsames Dach der Kasseler Armutsbekämpfung wirken muss. Dabei geht es auch darum, die Perspektiven armutsbetroffener Menschen stärker einzubeziehen und aus Vernetzung konkrete Unterstützung im Alltag zu machen. Armut zeigt sich nicht nur im Einkommen, sondern auch beim Wohnen, in der Bildung, bei Gesundheit, Mobilität, Ernährung und gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb wollen wir den Pakt gegen Armut stärker mit anderen sozialen Fragen verbinden. Dazu gehören gute Beratung zu Sozialleistungen, Unterstützung bei Überschuldung und Wohnungsnot, niedrigschwellige Angebote in den Stadtteilen und eine soziale Infrastruktur, die Menschen wohnortnah erreicht.

Auch die Bekämpfung von Altersarmut und Einsamkeit ist für uns ein zentrales Thema. In Kassel gibt es bereits wichtige Strukturen für ältere Menschen, etwa Beratungsangebote, Stadtteiltreffs, den Pflegestützpunkt und Angebote für Bewegung und Begegnung. Diese Strukturen wollen wir sichern, stärken und gemeinsam mit älteren Menschen weiterentwickeln. Gerade ältere Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie in Würde leben, selbstbestimmt bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu gehört für uns auch eine konsequente Politik für barrierefreie Quartiere. Mit Petra Ullrich haben wir eine

erfahrene Genossin an unserer Seite, die sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode mit großem Nachdruck für ältere Menschen, Barrierefreiheit und soziale Teilhabe eingesetzt hat. Diese Arbeit führen wir fort. Ausreichend Ruhebänke, barrierefreie Bürgerhäuser, sichere Wege, öffentliche Toiletten und gut erreichbare Treffpunkte sind für uns keine Nebensache, sondern Teil sozialer Daseinsvorsorge. Barrierefreiheit ist Voraussetzung dafür, dass Menschen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die kommunale Arbeitsmarktpolitik. Kassel verfügt bereits über wichtige Ansätze, etwa die kommunale Arbeitsförderung, das Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf, die Zusammenarbeit mit Jobcenter, Agentur für Arbeit und sozialen Trägern sowie Programme wie „Sozialwirtschaft integriert“. Diese Ansätze wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Gerade junge Menschen, Alleinerziehende, Geflüchtete, Langzeitarbeitslose und Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen brauchen passgenaue Unterstützung. Ausbildung, Qualifizierung, Sprachförderung und soziale Begleitung sind zentrale Bausteine, damit Menschen eine echte Perspektive auf gute Arbeit erhalten.

In der Integrationspolitik stehen wir für eine Stadt, die Vielfalt als Stärke begreift und zugleich konkrete Herausforderungen offen benennt. Kassel ist seit Jahrhunderten durch Zuwanderung geprägt. Integration gelingt dort, wo Sprache, Bildung, Arbeit, Wohnen, soziale Betreuung und Begegnung zusammengedacht werden. Bestehende erfolgreiche Ansätze wie dezentrale Unterbringung, psychosoziale Betreuung, Sprachförderung und arbeitsmarktpolitische Integration müssen gesichert und weiterentwickelt werden. Die Debatten um die Flüchtlingsunterkunft im Wesertor haben gezeigt, wie wichtig Transparenz, dezentrale Unterbringung und eine ehrliche Bedarfsermittlung sind. Wir haben in dieser Frage kritisch nachgefragt, parlamentarischen Druck aufgebaut und auf Aufklärung gedrängt. Für uns bleibt klar, dass Unterbringung menschenwürdig, gut begleitet und sozial verantwortbar organisiert werden muss. Stadtteile, Ortsbeiräte und soziale Träger dürfen bei solchen Entscheidungen nicht erst im Nachhinein einbezogen werden.

Wohnungslosigkeit, Überschuldung, gesundheitliche Belastungen und Suchtprobleme bleiben weitere zentrale soziale Fragen. Das Prinzip Housing First wollen wir fortführen und dauerhaft stärken, damit wohnungslose Menschen nicht nur eine Unterkunft, sondern echte Perspektiven auf Stabilität und Teilhabe erhalten. Ebenso wollen wir die Schuldner- und Insolvenzberatung sichern, wohnortnahe Gesundheitsangebote ausbauen und Suchthilfe besser koordinieren. Wer in eine schwierige Lebenslage gerät, darf in Kassel nicht allein gelassen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf starken Stadtteilen. Stadtteilzentren, Quartiersmanagement, Bürgerhäuser, Beratungsangebote und Treffpunkte sind zentrale Orte sozialer Teilhabe. Wir wollen diese Orte sichern, sanieren, barrierefrei machen oder dort neu schaffen, wo sie fehlen und gebraucht werden. Der Wegfall sozialer Infrastruktur darf nicht einfach hingenommen werden. Die Ortsbeiräte müssen bei solchen Fragen frühzeitig eingebunden, gehört und ernst genommen werden.

Auch Digitalisierung ist für uns eine soziale Frage. Digitale Verfahren können Teilhabe erleichtern, Verwaltung transparenter machen und ehrenamtliche Arbeit unterstützen. Sie dürfen aber niemanden ausschließen. Deshalb setzen wir uns für eine Digitalisierung ein, die barrierearm, verständlich und bürgernah ist. Die Ortsbeiräte und Beiräte brauchen moderne Arbeitsmöglichkeiten und zugleich weiterhin analoge Zugänge für Menschen, die digitale Angebote nicht nutzen können oder wollen.

Zu einer solidarischen Stadt gehört für uns auch die Stärkung des Ehrenamts. Kassel lebt von Vereinen, Initiativen, Nachbarschaften und Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen. Deshalb wollen wir Engagement sichtbarer machen, Hürden abbauen, Räume bereitstellen und Förderverfahren vereinfachen. Ehrenamt darf nicht an Bürokratie scheitern. Viele Strukturen sind in Kassel bereits vorhanden. Unser Anspruch ist, sie nicht nur zu bewahren, sondern sie sozialdemokratisch weiterzuentwickeln, besser zu vernetzen und stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Wir werden dabei weiterhin kritisch nachfragen, eigene Vorschläge einbringen und dort Druck machen, wo soziale Fragen verschoben, verharmlost oder lediglich verwaltet werden.

Für uns ist klar, dass noch viel zu tun ist. Unser Ziel ist eine Stadt, die Armut bekämpft, Teilhabe ermöglicht, Barrieren abbaut und Menschen in schwierigen Lebenslagen nicht alleinlässt. Wir sind davon überzeugt, dass wir Kassel gemeinsam gerechter gestalten können. Immer fair, immer pragmatisch und immer solidarisch.

Für weitere Hintergrundinformationen, konkrete Nachfragen oder zusätzliche Themen könnt ihr uns gerne direkt ansprechen.

(verantwortlich für den Text: Orry Olivier Mittenmayer)

Bericht des AK Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung

Mitglieder des Arbeitskreises/Ausschusses: Finja Müller (gesundheits- und gleichstellungspolitische Sprecherin), Dr. Cornelia Janusch (kinder- und schulpolitische Sprecherin), Kepiaya Prabakaran (familien-, ausbildungs- und hochschulpolitische Sprecherin)

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Arbeit des Arbeitskreises Schule, Jugend, Bildung und Gesundheit war im Berichtszeitraum stark von der Vorbereitung auf die Kommunalwahl im März 2026 geprägt. Fraktion und Arbeitskreis haben sich intensiv an der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms beteiligt und dabei insbesondere die Themen Bildungsgerechtigkeit, gute Schulgebäude, verlässlicher Ganztag, Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Prävention, Gesundheit und soziale Infrastruktur eingebracht.

Ein besonderer Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit lag auf der Situation an den Kasseler Schulen. Die SPD-Fraktion hat mehrere konkrete Initiativen eingebracht, um akute räumliche Engpässe und organisatorische Probleme aufzugreifen. Dazu gehörten der Antrag zum Erweiterungsbau der Grundschule Wolfsanger, die Anfrage zu den aktuellen Planungen zum Ausbau der Grundschule Wolfsanger zur Ganztagschule sowie Anträge zu provisorischen Raumlösungen im Einzugsgebiet der Georg-August-Zinn-Schule und an der Grundschule Brückenhof-Nordshausen. Ziel war es jeweils, Unterrichtsausfall zu vermeiden, den Schulbetrieb unter vertretbaren Bedingungen zu sichern und verlässliche Perspektiven für Schüler*innen, Eltern und Beschäftigte zu schaffen. Darüber hinaus hat der Arbeitskreis die Schulbauprojekte in Kassel kritisch begleitet. Ein besonderer Blick lag dabei auf dem Kasseler Osten, auf der Hegelsbergschule, der Reuterschule und den Berufsschulen. Aus Sicht der SPD-Fraktion muss Schulbau vorausschauend geplant, konsequent umgesetzt und an den tatsächlichen Bedarfen der Schulen ausgerichtet werden. Gute Lernbedingungen, ausreichende Räume, funktionierende Ganztagsangebote, Sportmöglichkeiten und die Förderung der Schwimmfähigkeit gehören dabei zusammen.

Ein weiterer eigener Schwerpunkt war die Kindertagespflege. Mit dem Antrag zur Neufassung der Satzung für Kindertagespflege hat die SPD-Fraktion konkrete Verbesserungen vorgeschlagen. Dazu zählen eine stundengenaue Abrechnung auf Basis eines Stundenlohns von 5,93 Euro, die Berücksichtigung von Vor- und Nachbereitungszeiten, drei zusätzliche Urlaubstage sowie die Beteiligung von Tagesmütter Kassel e.V. an der Erarbeitung der neuen Satzung. Die

weitere Beratung der Satzung zur Kindertagespflege wurde vom Arbeitskreis konstruktiv begleitet.

Auch die Themen Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, frühe Hilfen und Präventionsketten waren Teil der Arbeit. Gerade in Zeiten knapper Kassen bleibt es für uns wichtig, nicht erst dann zu handeln, wenn Probleme bereits entstanden sind. Angemessene Schulsozialarbeit, frühe Unterstützung und verlässliche Prävention sind zentrale Bausteine einer sozialen Bildungs-, Jugend- und Gesundheitspolitik. Sie stärken Kinder, Jugendliche und Familien frühzeitig und tragen dazu bei, Teilhabechancen gerechter zu gestalten. Wie in anderen Arbeitsbereichen war auch hier die Zeit vor der Kommunalwahl eher von Berichten, Anfragen und punktuellen Maßnahmen geprägt als von großen politischen Weichenstellungen. Umso wichtiger bleibt es, in der neuen Wahlperiode die im Kommunalwahlprogramm formulierten Ziele in konkrete Initiativen umzusetzen.

Der Arbeitskreis Schule, Jugend, Bildung und Gesundheit wird sich auch in der neuen Wahlperiode weiterhin dafür einsetzen, dass Kassel eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt mit guter Bildung, verlässlicher Betreuung, starken Präventionsstrukturen und einer tragfähigen sozialen Infrastruktur bleibt. Der Arbeitskreis setzt sich nun aus Cornelia Janusch, Finja Müller und Kepiaya Prabakaran zusammen. Mit diesem personellen Neuanfang verbinden wir zugleich einen herzlichen Dank an Anke Bergmann, die als langjährige bildungspolitische Sprecherin die Arbeit des Arbeitskreises über viele Jahre geprägt hat. Für ihr großes Engagement, ihre fachliche Arbeit und ihren verlässlichen Einsatz für gute Bildung in Kassel danken wir ihr ausdrücklich.

Für weitere Hintergrundinformationen, konkrete Nachfragen oder zusätzliche Themen könnt ihr uns gerne direkt ansprechen.

(verantwortlich für den Text: Dr. Cornelia Janusch)

Bericht des AK Kultur

Mitglieder des Arbeitskreises/Ausschusses: Ramona Kopec (kunst-/kulturpolitische Sprecherin), Kepiaya Prabakaran (Ausschussvorsitzende), Petra Ullrich

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit Beginn der neuen Legislatur im April 2026 hat sich der Arbeitskreis Kultur neu zusammengesetzt. Ramona Kopec übernimmt weiterhin die Rolle der kulturpolitischen Sprecherin. Neu im Arbeitskreis sind Kepiaya Prabakaran als Vorsitzende des Ausschusses sowie Petra Ullrich.

Wir bedanken uns herzlich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern des Arbeitskreises für ihr Engagement und ihre Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode.

Rückblick auf das Ende der vergangenen Legislatur

Zum Ende der vergangenen Legislaturperiode haben wir noch einmal deutlich gemacht, dass Kulturpolitik in Kassel nicht nur aus der Verwaltung bestehender Strukturen bestehen darf. Kulturpolitik muss gestalten, Räume öffnen und kulturelle Vielfalt ermöglichen. Ein zentraler Antrag war deshalb unser Vorstoß „Leerstand als Chance nutzen – Urbane Zwischennutzung fortführen und zentrale Orte bereitstellen“. Wir haben beantragt, das bestehende Projekt zur urbanen Zwischennutzung von Leerständen in Kassel fortzuführen und auszubauen. Insbesondere zentrale, derzeit ungenutzte städtische Immobilien und Flächen, darunter das RuRu Haus im Stadtkern, sollten temporär für kulturelle, künstlerische und soziale Nutzungen zur Verfügung gestellt werden, bis eine langfristige Nutzung umgesetzt wird. Eine aktive Zwischennutzung wäre ein Gewinn für beide Seiten: Die Kulturszene erhält Arbeits- und Präsentationsräume, und die Innenstadt wird belebt. Der Antrag wurde von der Jamaika-Koalition abgelehnt. Begründet wurde dies im Kern damit, dass die Stadt bereits genug tue. Unsere Gespräche mit Kulturschaffenden haben jedoch ein anderes Bild gezeigt. Der Bedarf an niedrigschwelligen, bezahlbaren und zentral gelegenen Räumen ist weiterhin groß. Aus unserer Sicht wurde hier eine Chance vertan, Kulturpolitik, Stadtentwicklung und Innenstadtbelebung sinnvoll miteinander zu verbinden.

Ein weiteres Thema war die Zukunft der Komödie Kassel. Wir haben Gespräche mit Menschen geführt, die sich dafür einsetzen, die Komödienbühne Kassel weiterzuführen und damit ein kulturelles Traditionshaus zu erhalten. Mit unserer Anfrage zur „Zukunft und Unterstützung des ehemaligen Standorts der Komödie Kassel“ wollten wir klären, welche Kenntnisse dem Magistrat über Initiativen oder Interessent*innen vorliegen, wie diese Bestrebungen kulturpolitisch bewertet werden und welche Unterstützungsmöglichkeiten die Stadt sieht. Unser Ziel war und ist es, kulturelle Orte nicht vorschnell aufzugeben, sondern gemeinsam nach Lösungen zu suchen, wenn es tragfähige Initiativen für eine Fortführung gibt. Allerdings ist das Projekt aktuell ins Stocken geraten, weil die bisherigen Räume nicht weiter zur Verfügung stehen. Damit zeigt sich erneut, wie eng Kulturpolitik mit der Frage nach geeigneten Räumen verbunden ist.

Kritik an falscher Prioritätensetzung

Kritisch begleitet haben wir außerdem die Ausgabenpolitik des Magistrats. Aus unserer Sicht werden erhebliche Mittel für Projekte und Immobilienkäufe bereitgestellt, ohne dass dafür ein überzeugendes Konzept erkennbar ist. Gleichzeitig fehlen vergleichsweise geringe Beträge an Stellen, an denen sie unmittelbar gebraucht werden. Ein Beispiel dafür ist die Barrierefreiheit am Bürgerhaus Niederzwehren. Während 80.000 Euro zur Herstellung der Barrierefreiheit fehlen, stehen gleichzeitig Millionenbeträge für Immobilienankäufe bereit. Das halten wir für eine falsche Prioritätensetzung. Barrierefreiheit ist nicht nur gesetzliche Pflicht, sondern eine Grundvoraussetzung dafür, dass alle Menschen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Besonders unverständlich ist zudem, dass die Stadt nach aktuellem Stand auch für die Bürgerhäuser insgesamt keinen Antrag auf die 80-prozentige Förderung im Rahmen der „Förderrichtlinie zum Ausbau inklusiver kommunaler Angebote“ beim Hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales stellt. Damit bleibt eine wichtige Möglichkeit ungenutzt, notwendige Maßnahmen zur Barrierefreiheit mit erheblicher Unterstützung des Landes umzusetzen.

Start der neuen Legislatur

Die neue Legislatur hat gerade erst begonnen, doch bereits zu Beginn gab es einen kulturpolitischen Aufreger: den Umgang mit dem RuRu Haus und die Übermalung des documenta-Graffitis. Wir kritisieren das Vorgehen des Magistrats in dieser Frage scharf. Noch bevor die politischen Gremien die Möglichkeit hatten, sich mit dem Thema angemessen zu befassen, wurden Fakten geschaffen. Das Graffiti am RuRu Haus war eine sichtbare Spur der documenta fifteen im Kasseler Stadtraum. Ein solcher Ort hätte aus unserer Sicht nicht vorschnell beseitigt, sondern in ein künftiges Nutzungskonzept einbezogen werden müssen. Die Art und Weise der Übermalung erweckt den Eindruck, als solle ein Teil der documenta fifteen möglichst schnell aus dem kulturellen Gedächtnis der Stadt gelöscht werden. Kassel ist documenta-Stadt. Wer diesen Anspruch ernst nimmt, muss mit den sichtbaren Spuren der documenta im öffentlichen Raum sorgsam umgehen. Wir werden deshalb auch in der neuen Legislatur darauf drängen, dass Kulturpolitik transparent, beteiligungsorientiert und mit Respekt vor der kulturellen Geschichte dieser Stadt gestaltet wird.

Für uns bleibt klar: Kasseler Kulturpolitik braucht Räume, Verlässlichkeit, Barrierefreiheit, Transparenz und eine echte Wertschätzung gegenüber den Kulturschaffenden dieser Stadt. Dafür werden wir uns im Arbeitskreis Kultur auch in der neuen Legislatur einsetzen.

Für weitere Hintergrundinformationen, konkrete Nachfragen oder zusätzliche Themen könnt ihr uns gerne direkt ansprechen.

(verantwortlich für den Text: Ramona Kopec)

Bericht des AK Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Mitglieder des Arbeitskreises/Ausschusses: Judith Boczkowski (wohnungspolitische Sprecherin), Christoph Zeidler (mobilitäts- und verkehrspolitischer Sprecher), Mario Lang (2. stellvertretender Ausschussvorsitzender und stadtentwicklungs-/grundstückspolitischer Sprecher)

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Vernetzung von Stadtentwicklung, Wohnumwelt, Baukultur von unten und Verkehr ist die Grundlage einer zukunftsorientierten Entwicklung unserer Stadt. Hierfür brauchen wir eine Innenentwicklung, die eine verhältnismäßige Stadtentwicklung, einen massiven Zubau an günstigen Klein- und Familienwohnungen, einen neuen Umgang mit dem öffentlichen Raum sowie eine Verkehrswende miteinander verbindet, die sozialökologische Ziele zum Inhalt hat. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf den weiteren Ausbau und die Attraktivierung des ÖPNV, des Rad- und des Fußverkehrs. Denn eine Stadt, die sozial gerecht, ökologisch verantwortungsvoll und lebenswert sein will, muss gute Mobilität für alle ermöglichen und den öffentlichen Raum stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten. In der SPD-Fraktion arbeiten wir daran, diese Ziele für unsere Stadt, besonders in der Opposition, weiter voranzutreiben und die vormaligen Koalitionär*innen nicht mit ihren Minimalkompromissen und Verschleppungen durchkommen zu lassen. Gerade bei Fragen der Stadtentwicklung braucht es eine klare sozialdemokratische Haltung, langfristige Perspektiven und den politischen Willen, Kassel im Sinne der Menschen weiterzuentwickeln.

Neben den aktuellen Themen des Arbeitsbereiches Stadtentwicklung, die wir euch in Kurzform für das zurückliegende Jahr 2025 darstellen, halten wir es für wichtig, auch an langfristigen Linien zu arbeiten. Hierzu gehört das Thema „Transformation der Altstadt Kassel“, verbunden mit der Frage, wie wir künftig mit der Keimzelle unserer Stadt und dem Gebiet rund um die Kurt-Schumacher-Straße umgehen wollen. Dort schlummert ein großes Potenzial. Das Gebiet bietet die Möglichkeit, nicht nur die Innenstadt besser mit unserer Universität zu verbinden, sondern auch die derzeit in zwei Teile zerschnittene Altstadt wieder als ein wichtiges

und zusammenhängendes Stadtquartier zu entwickeln. Damit kann ein Raum entstehen, der städtebaulich, sozial und verkehrlich neu gedacht wird und der die historische Bedeutung der Altstadt mit den Anforderungen einer modernen Stadt verbindet. In diesem Zusammenhang sollten auch die Umstiegssituationen für Busse und Straßenbahnen im Bereich des Sterns neu konzipiert werden. Auch in Richtung des Holländischen Platzes sollte eine Erweiterung der Fußgängerzone geprüft werden, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, Wegebeziehungen zu verbessern und die Verbindung zwischen Innenstadt, Altstadt und Universität zu stärken.

Die aktuellen Themen, mit denen wir uns im Arbeitsbereich Stadtentwicklung beschäftigt haben und weiter beschäftigen, zeigen die große Bandbreite stadtentwicklungspolitischer Fragen in Kassel. Dabei ging und geht es sowohl um konkrete Einzelvorhaben als auch um übergreifende Fragen der Stadtentwicklung, der Wohnraumschaffung, der Mobilität und der Gestaltung öffentlicher Räume. Ein wichtiges Thema waren die neuen Parkgebühren. Hier haben wir dringende Verbesserungsvorschläge zu den Ansätzen eingebracht, weil eine neue Parkraumbewirtschaftung sozial ausgewogen, nachvollziehbar und praktikabel gestaltet werden muss. Für uns ist klar, dass verkehrspolitische Maßnahmen immer mit guter Erreichbarkeit, einem attraktiven ÖPNV sowie den Lebensrealitäten der Menschen in den Stadtteilen zusammengedacht werden müssen. Weiterhin haben wir uns mit Fragen der Innenentwicklung und der Ausweisung weiterer Wohngebiete beschäftigt. Kassel braucht mehr bezahlbaren Wohnraum, insbesondere günstige Klein- und Familienwohnungen. Dabei muss Innenentwicklung mit Augenmaß erfolgen und die soziale Infrastruktur, Grünflächen, Aufenthaltsqualität, Klimaanpassung und die Bedürfnisse der Menschen in den Quartieren berücksichtigen.

Auch das Innenstadtkonzept war und bleibt ein zentrales Thema unserer Arbeit. Die Innenstadt steht vor großen Herausforderungen und muss als lebendiger Ort des Einkaufens, der Kultur, der Begegnung, der Mobilität und des öffentlichen Lebens weiterentwickelt werden. Dabei geht es nicht nur um einzelne Maßnahmen, sondern um eine langfristige Perspektive für eine attraktive, soziale und gut erreichbare Innenstadt. Darüber hinaus haben wir verschiedene wichtige Entwicklungsflächen und Stadtquartiere begleitet. Dazu gehören die Entwicklung des Salzmann-Areals, die Wohnnutzung auf dem Gelände der Jägerkaserne, das Henschel-Areal, der Entwicklungsblock Hotel Hessenland-Eckstein sowie die Nachnutzung des Geländes der Hegelsbergschule. Bei all diesen Flächen stellt sich die Frage, wie vorhandene Potenziale für bezahlbares Wohnen, soziale Infrastruktur, Kultur, Gewerbe, Grünflächen und eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung genutzt werden können.

Weitere Themen waren die Bereiche Rembrandtstraße und Frankfurter Straße, der Brüder-Grimm-Platz, die Arbeit am integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Kasseler Osten

sowie der alte Ortskern Wehlheiden. Diese Beispiele zeigen, dass Stadtentwicklung immer konkret vor Ort stattfindet und sehr unterschiedliche Anforderungen miteinander verbinden muss. Es geht um Verkehr, Aufenthaltsqualität, Denkmalschutz, soziale Nutzungen, Klimaanpassung, Wohnen und die Frage, wie gewachsene Stadtteile behutsam und zugleich zukunftsfähig weiterentwickelt werden können.

Zu unseren weiteren Aufgaben gehören der Ausbau des ÖPNV-Netzes, die Förderung des Fuß- und Radverkehrs, die Beschleunigung des Baus bezahlbarer Wohnungen sowie die Einführung von Milieuschutzsatzungen. Gerade diese Punkte bleiben für uns zentrale Bausteine einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Kassel gut erreichbar, bezahlbar, lebenswert und gerecht bleibt.

Für weitere Hintergrundinformationen, konkrete Nachfragen oder zusätzliche Themen könnt ihr uns gerne direkt ansprechen.

(verantwortlich für den Text: Mario Lang)

Bericht des AK Klima, Umwelt und Energie

Mitglieder des Arbeitskreises/Ausschusses: Dr. Ron-Hendrik Hechelmann (klima- und energiepolitischer Sprecher), Dr. Cornelia Janusch (1. stellvertretende Ausschussvorsitzende und umweltpolitische Sprecherin), Christoph Zeidler

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Arbeit des Arbeitskreises Umwelt und Energie war im Berichtszeitraum stark von der Kommunalwahl im März 2026 geprägt. Fraktion und Arbeitskreis haben sich intensiv an der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms beteiligt und dabei insbesondere die Themen Klimaschutz, Energiewende, kommunale Wärmeplanung, Klimaanpassung, Stadtgrün, Biodiversität und sozial gerechte Umweltpolitik eingebracht. Im Rathaus selbst war die Arbeit in dieser Phase erwartbar weniger von größeren politischen Initiativen geprägt. Viele Vorlagen im Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie waren Berichte oder Anfragen. Anträge wurden häufig einstimmig beschlossen. Auch dies zeigt, dass die Zeit vor der Kommunalwahl unter der Jamaika-Koalition eher von Verwaltungshandeln, Berichterstattung und Konsensbeschlüssen als von einer größeren politischen Weiterentwicklung geprägt war.

Ein eigener Schwerpunkt der SPD-Fraktion war der Antrag zur Vorstellung des Transformationsplans der Städtischen Werke. Mit diesem Antrag wurde der Magistrat gebeten, ein*e Vertreter*in der Städtischen Werke in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie einzuladen,

um die Ergebnisse des Transformationsplans vorzustellen und die Auswirkungen auf die Energieversorgung in Kassel darzustellen. Für uns ist dies ein zentrales Thema, weil die Energiewende in Kassel konkret, nachvollziehbar und sozial verträglich gestaltet werden muss. Darüber hinaus hat der Arbeitskreis die laufenden Themen im Ausschuss kritisch begleitet. Dazu gehörten unter anderem Fragen der kommunalen Wärmeplanung, der klimaangepassten Stadtentwicklung, des Stadtgrüns, der öffentlichen Trinkbrunnen, der klimafreundlichen Verpflegung sowie der weiteren Umsetzung von Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz.

Der Arbeitskreis Umwelt und Energie bleibt gut vernetzt und bringt sich weiterhin fachlich in die Arbeit der Fraktion ein. Für die neue Wahlperiode wird es darauf ankommen, die formulierten Ziele in konkrete politische Initiativen zu übersetzen und Klimaschutz, Energiepolitik und soziale Gerechtigkeit weiterhin zusammenzudenken. Eine wirksame Umwelt- und Energiepolitik muss dabei ambitioniert, praktisch umsetzbar und sozial gerecht sein.

Für weitere Hintergrundinformationen, konkrete Nachfragen oder zusätzliche Themen könnt ihr uns gerne direkt ansprechen.

(verantwortlich für den Text: Dr. Cornelia Janusch)

Bericht des AK Recht, Sicherheit und Sport

Mitglieder des Arbeitskreises/Ausschusses: Wolfgang Decker (sport- und brandschutzpolitischer Sprecher), Esther Kalveram (rechtspolitische Sprecherin), Orry Olivier Mittenmayer

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Arbeitskreis Recht, Sicherheit und Sport arbeiten wir daran, zentrale Bereiche kommunaler Politik zusammenzudenken: eine Stadt, in der sich Menschen sicher fühlen können, in der Vereine, Ehrenamt und Sport gestärkt werden und in der öffentliche Entscheidungen rechtsstaatlich, nachvollziehbar und am Gemeinwohl orientiert getroffen werden. Für uns ist klar, dass Sicherheit mehr ist als Ordnungspolitik. Sicherheit entsteht dort, wo Menschen sich im öffentlichen Raum frei bewegen können, Konflikte frühzeitig erkannt werden und Stadtpolizei, Landespolizei, Rettungskräfte, soziale Träger, Ortsbeiräte und Stadtgesellschaft gut zusammenarbeiten. Wir stehen für eine Sicherheitspolitik mit Maß und Mitte, die handlungsfähig, rechtsstaatlich und sozial verantwortlich ist. Prävention, sichtbare Präsenz, klare Zuständigkeiten und ein verlässlicher öffentlicher Raum gehören für uns zusammen.

Ein wiederkehrender Schwerpunkt war deshalb die Stärkung der Stadtpolizei. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen, dass sie personell und organisatorisch besser aufgestellt

werden muss, um auch in den Abend- und Nachtstunden verlässlich handlungsfähig zu sein. Wir setzen uns weiterhin für eine echte vierte Dienstgruppe, eine gute Erreichbarkeit, klare Strukturen und eine enge Abstimmung mit der Landespolizei ein. Gerade an Orten mit besonderem Konflikt- oder Gefährdungspotenzial braucht es wirksame Maßnahmen, die verhältnismäßig, transparent und rechtssicher ausgestaltet sind. Auch Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz bleiben für uns wichtige Themen. Gute Sicherheitspolitik beginnt nicht erst bei akuten Gefahrenlagen, sondern bei verlässlicher Infrastruktur, moderner Ausstattung, guter Ausbildung und starken haupt- und ehrenamtlichen Strukturen. Die Feuerwehren und Rettungsdienste leisten für Kassel unverzichtbare Arbeit. Deshalb müssen Ausstattung, Standorte und Nachwuchsgewinnung weiter im Blick bleiben.

Ein zweiter großer Schwerpunkt unserer Arbeit ist der Sport. Der organisierte Vereins- und Breitensport ist eine tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Kassel. Sportvereine schaffen Begegnung, fördern Gesundheit, Integration, Fairness und Gemeinschaft. Sportpolitik ist für uns deshalb immer auch Sozialpolitik, Jugendpolitik, Gesundheitspolitik und Stadtteilpolitik. Viele Vereine stehen jedoch vor großen Herausforderungen. Ehrenamtliche Vorstandsarbeit wird schwieriger, Übungsleiter und Übungsleiterinnen sowie Trainer und Trainerinnen fehlen, Sporthallen, Vereinsheime und Sportanlagen sind teilweise in die Jahre gekommen. Besonders deutlich wird dies im Schwimmbereich. Wenn Schwimmzeiten fehlen oder Angebote wegfallen, trifft das vor allem Kinder und Jugendliche. Schwimmen zu lernen darf nicht vom Einkommen der Eltern, vom Wohnort oder von zufällig verfügbaren Vereinsstrukturen abhängen.

Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein Lehrschwimmzentrum beziehungsweise eine Lehrschwimmhalle ein. Schwimmen ist Teil der Daseinsvorsorge. Es geht um Sicherheit, Gesundheit, Bewegung und Chancengleichheit. Der bereits gefasste Beschluss zum Neubau einer Lehrschwimmhalle neben der Luisenschule bleibt für uns politisch richtig. Dass dieses Projekt durch die derzeitige Mehrheit zurückgenommen wurde, halten wir weiterhin für einen schweren Fehler. Wir werden dieses Thema weiter aufrufen und darauf drängen, dass Kassel hier wieder zu einer verlässlichen Lösung kommt. Klar bleiben wir auch bei der Hessenkampfbahn. Eine traditionsreiche Sportstätte, die von Schulen und Vereinen genutzt wird, darf nicht leichtfertig aus der sportlichen Nutzung herausgenommen werden. Gerade in einer Stadt, in der Sportflächen knapp sind, muss vorhandene Infrastruktur gesichert und sinnvoll weiterentwickelt werden. Schul- und Vereinssport brauchen verlässliche Orte. Auch das Auestadion und seine Infrastruktur haben uns beschäftigt. Eine moderne Sport- und Veranstaltungsstadt braucht funktionierende Anlagen, barrierefreie Zugänge, ausreichende sanitäre Einrichtungen

und eine Versorgung, die den Anforderungen bei Spielen, Wettkämpfen und Großveranstaltungen gerecht wird. Deshalb haben wir uns für Verbesserungen im Bereich der Osttribüne eingesetzt. Versorgung, Barrierefreiheit, Stromversorgung und sanitäre Infrastruktur sind Voraussetzungen dafür, dass das Auestadion als Sport- und Veranstaltungsort gut genutzt werden kann.

Zugleich werden wir darauf drängen, dass Fördermöglichkeiten für kommunale Sportstätten konsequent geprüft und genutzt werden. Investitionsbedarfe gibt es genug, etwa bei Sportanlagen, Umkleidegebäuden, Vereinsheimen und weiteren sanierungsbedürftigen Einrichtungen. Fördermittel können helfen, notwendige Projekte umzusetzen und städtische Haushaltsmittel für weitere Vorhaben freizumachen. Ein wiederkehrendes Thema bleibt auch die Parksituation bei Neubau oder Sanierung von Sportstätten. Sportanlagen müssen gut erreichbar sein, dürfen aber nicht zu dauerhaften Belastungen für Anwohner und Anwohnerinnen führen. Gute Sportstättenplanung braucht deshalb ein tragfähiges Mobilitätskonzept, eine gute Anbindung an den ÖPNV, sichere Wege für Fuß- und Radverkehr und eine ehrliche Betrachtung der Auswirkungen auf die Quartiere.

Neben der baulichen Infrastruktur wollen wir auch die Vereine selbst stärken. Dazu gehören verlässliche Sportförderrichtlinien, weniger Bürokratie, bessere Beratung, moderne Räume und eine stärkere Anerkennung des Ehrenamts. Unsere Mitarbeit an der Überarbeitung der Sportförderrichtlinie war deshalb ein wichtiger Baustein. Vereine brauchen Verfahren, die verständlich und handhabbar sind. Kleine Vereine und ehrenamtlich getragene Initiativen dürfen nicht an komplizierten Anträgen oder unklaren Zuständigkeiten scheitern. Auch neue Angebote wollen wir weiter in den Blick nehmen. Dezentrale Fitnessparcours, mehr Bewegungsangebote in den Stadtteilen, die Einbindung von Vereinen in Ganztage und Jugendangebote sowie die Unterstützung des Frauensports gehören zu einer modernen kommunalen Sportpolitik. Sport muss für alle zugänglich sein, unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, Herkunft oder körperlichen Voraussetzungen.

Ein weiteres Thema ist Gewalt im Amateur- und Jugendfußball. Sport soll Fairness, Respekt und Gemeinschaft vermitteln. Wenn es auf Sportplätzen zu Aggressionen, Beleidigungen oder Gewalt kommt, muss das ernst genommen werden. Hier braucht es eine enge Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden, Schulen, Jugendarbeit und Präventionsstellen, um Schiedsrichter und Schiedsrichterinnen, Trainer und Trainerinnen, Kinder, Jugendliche und Ehrenamtliche besser zu schützen.

Unsere Arbeit im Arbeitskreis bestand im vergangenen Jahr aus parlamentarischen Initiativen, mündlichen und schriftlichen Anfragen, Gesprächen mit Vereinen, Mitarbeit in Gremien und der sportpolitischen Begleitung konkreter Vorhaben. Wir haben uns mit der Situation einzelner Sportstätten beschäftigt, die Entwicklung des Auestadions begleitet, die Lehrschwimmhalle weiter thematisiert, uns gegen den Verlust wichtiger Sportflächen positioniert und den Austausch mit Vereinen gesucht.

Für uns ist klar, dass Recht, Sicherheit und Sport keine voneinander getrennten Politikfelder sind. Eine sichere Stadt braucht starke soziale Strukturen. Starke Vereine brauchen gute Rahmenbedingungen. Gute Sportstätten brauchen Planung, Investitionen und Rücksicht auf die Quartiere. Eine handlungsfähige Stadt braucht klare, transparente und rechtssichere Entscheidungen. Wir werden deshalb weiterhin kritisch nachfragen, eigene Vorschläge einbringen und dort Druck machen, wo wichtige Fragen verschoben oder nur halbherzig angegangen werden. Unser Ziel ist ein Kassel, in dem sich Menschen sicher fühlen, Vereine verlässlich arbeiten können, Sport für alle zugänglich ist und öffentliche Infrastruktur nicht dem Zufall überlassen wird. Kassel braucht eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß, eine starke Unterstützung des Ehrenamts und eine Sportpolitik, die den Breitensport genauso ernst nimmt wie den Leistungssport. Dafür setzen wir uns im Arbeitskreis Recht, Sicherheit und Sport gemeinsam ein.

Für weitere Hintergrundinformationen, konkrete Nachfragen oder zusätzliche Themen könnt ihr uns gerne direkt ansprechen.

(verantwortlich für den Text: Esther Kalveram)